

# Sachsen braucht 30 000 Pfleger

Wohlfahrtsverbände beklagen einen Bewerbermangel. Döbelner Heime suchen schon im Ausland Fachkräfte.

VON THILO ALEXE

**Dresden.** Die steigende Lebenserwartung und das damit verbundene Altern der Gesellschaft stellen den Freistaat vor Herausforderungen bei der Pflege. In weniger als zehn Jahren wird Prognosen zufolge die Hälfte der Sachsen älter als 65 Jahre sein. Damit wächst die Wahrscheinlichkeit, dass diese Menschen pflegebedürftig werden.

Darauf wies gestern die Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege hin und untersetzte ihre Mahnung mit alarmierenden Zahlen. Denn es zeichnet sich ein Mangel an Pflegekräften ab. Bis zum Jahr 2030 müssen im Freistaat rund 30 400 Stellen für Vollzeitkräfte geschaffen

werden, heißt es im aktuellen Wohlfahrtsbericht, den der Liga-Vorsitzende Rüdiger Unger gestern vorstellte.

Der Bedarf an sozialen Dienstleistungen und sozialem Engagement steige, sagte er in Dresden und fügte hinzu: „Das ist noch nicht überall angekommen.“ Sachsen müsse seine traditionelle Ausrichtung auf technische und Ingenieurs-Berufe „massiv“ um Sozialberufe ergänzen. Es sei eine „Illusion“ zu glauben, dass der Pflegebedarf mit ausländischen Fachkräften gedeckt werden könne. Laut Gerrit Gabriel vom Jobcenter Mittelsachsen schauen sich Arbeitgeber schon im Ausland um.

Verschärft wird die Situation nach Einschätzung der Liga durch die Abwanderung

junger Sachsen. Derzeit kümmern sich Angehörige um rund ein Drittel der Pflegebedürftigen in deren Zuhause. „Durch eine beruflich gebotene Flexibilität junger Menschen“ werde diese Pflegeform aber seltener, warnte die Liga.

Unger forderte gesamtgesellschaftliche Anstrengungen, um Pflegeberufe attraktiver zu machen: „Es geht um uns alle.“ Vor allem im ambulanten Bereich mit derzeit rund 40 000 Beschäftigten seien die Arbeitszeiten mit Familienleben nur schwer vereinbar. Der Mindestlohn beträgt für Pflegekräfte in Sachsen nach dem Tarifregister des Freistaates acht Euro. Der durchschnittliche Bruttostundenlohn liegt der Liga zufolge bei 13,76 Euro, zwölf Pro-

zent unter dem Bundesschnitt. Für die Löhne sind die Arbeitgeber verantwortlich. Sie refinanzieren sie durch staatliche Sozialleistungen und zu einem kleineren Teil durch Vorsorge der Pflegebedürftigen. Unger plädierte für eine „angemessene Lohnstruktur“. Er rechnet mit steigenden Beiträgen für die Pflegeversicherung.

Die Wohlfahrtsverbände beklagen deutlich sinkende Bewerberzahlen für soziale Berufe. Daher müsse überlegt werden, wie leistungsschwächere Schüler für die Pflegebranche qualifiziert werden können. Unger appellierte zudem an die Politik, die Pflege zu entbürokratisieren und das Beantragen von Fördermitteln für die Betreuung zu vereinfachen. ► Seite 13